



## Julia Goll

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Stv. Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion  
Richterin am Landgericht a. D.

## Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
und stv. Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion

# PRESSEMITTEILUNG

vom 05. Juni 2024

Jochen Haußmann und Julia Goll (FDP): Schulobstprogramm muss durch eigene Landesmittel gestärkt werden

## Manchmal ist Europa ein Apfel und ein Schluck Milch

Wann kommt der Mensch das erste Mal mit Europa in Berührung? „Manche im Kindergarten, manche in der Grundschule“, beantwortet der FDP-Landtagsabgeordnete Jochen Haußmann diese Frage. Er meint damit das EU-Schulprogramm für eine gesunde Ernährung. Über das wurden in dem zu Ende gehenden Schuljahr 2023/24 insgesamt 74 Grundschulen und 196 Kindertagesstätten im Rems-Murr-Kreis mit Äpfeln und Milch beliefert. Trotzdem gibt's Kritik: Denn finanziert wird dieses Programm momentan in der Hauptsache über die EU und private Sponsoren. Das Land, das über das Regierungspräsidium Tübingen das Programm abwickelt, hält sich dagegen aus der direkten Mitfinanzierung raus. Die Folge: „Mittlerweile werden vom Regierungspräsidium Tübingen immer weniger Lieferwochen genehmigt. Die Kinder und auch die Einrichtungsleitungen sind teilweise auf eine regelmäßige kostenfreie Lieferung von Obst und Milch praktisch angewiesen. Durch die Einschränkung auf 20 Lieferwochen im Schuljahr kann von Regelmäßigkeit keine Rede mehr sein. Im Moment sind im Monat maximal zwei Lieferwochen genehmigt, im Mai haben wir nur eine Lieferwoche, im Juni/Juli gibt es nichts mehr“, zitiert Jochen Haußmann aus dem Brief eines Lieferanten.

Dabei muss man wissen: „Das Land hat eine Schlüsselstellung, wenn es um den Erfolg des Schulobstprogrammes geht und der Variante, bei der auch Schulmilch geliefert wird“, sagt Julia Goll. Wobei der Zusatz „Schul-“ trägt, Hauptabnehmer sind 196 Kindertagesstätten im Rems-Murr-Kreis vor 74 Grundschulen. Zwölf Betriebe mit Betriebssitz im Rems-Murr-Kreis beliefern die Bildungseinrichtungen. Dazu kommen noch Lieferanten außerhalb des Rems-Murr-Kreises. Momentan funktioniert alles über Mittel von insgesamt 3,26 Millionen Euro für Schulobst und 1,57 Millionen Euro, die die EU für das landesweite Projekt bereitstellt und Sponsoren, die die Bildungseinrichtungen als Lieferanten und damit verbunden als Ko-Finanzierer auftreiben, wie in der Antwort des Landwirtschaftsministeriums auf einen Antrag der FDP-Landtagsfraktion zu lesen steht.

Jochen Haußmann und Julia Goll fordern deswegen als stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, dass sich Baden-Württemberg über die 100.000 Euro, die es eigener Aussage nach für die Abwicklung des Programmes beisteuert, hinaus an der Finanzierung beteiligt, wie es beispielsweise Bayern tut. „Das Sponsorenmodell ist ein Einzelweg, den Baden-Württemberg beschreitet, der aber seine Grenzen hat.“ Die FDP befürwortet aber keine Abschaffung, sondern eine Ergänzung durch das Land. Dass diese notwendig wäre, sei auch zwischen der FDP-Fraktion und dem

1/2

Wahlkreisbüro  
Werkstraße 24  
71384 Weinstadt-Endersbach  
T: 07151 502869-7



## **Julia Goll**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Stv. Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion  
Richterin am Landgericht a. D.

## **Jochen Haußmann**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
und stv. Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion

zuständigen Ministerium nicht strittig: „Um die hohe Anzahl an teilnehmenden Kindern während 37 Schulwochen finanzieren zu können, müssten nach Einschätzung des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auch Landesmittel in die Finanzierung der Portionen aufgenommen werden. Voraussetzung hierfür wäre eine positive Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers im Rahmen der Haushaltsaufstellung“, steht in der Antwort auf den FDP-Antrag zu lesen.

In einfachem Deutsch: „Das Land müsste das notwendige Geld für eine Vollabdeckung während des gesamten Schuljahres im Haushalt bereitstellen“, sagt Julia Goll. Sie erinnert sich: „Eine ähnliche Antwort haben wir im August 2023 schon mal vom Minister Hauk erhalten, der uns versprach sich für die Finanzierung im Haushalt einzusetzen. Passiert ist aber nichts.“ Passieren wird deswegen Folgendes, wie in der aktuellen Antwort des Ministeriums steht: „Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat für das Schuljahr 2024/2025 nun reagiert und fokussiert auf die Kernzielgruppe der Grundschulkinder. Dies wurde durch die neue Zuteilung der beihilfefähigen Wochen (für Grundschulen 25 und Kitas 16) vorgenommen.“ Auf deutsch: Es gibt deutlich weniger Äpfel und Milch für die Kitas. Und ebenso einen Aufnahmestopp ins Programm für Kitas. Jochen Haußmann und Julia Goll finden: „Ein Unding. Was bleibt ist die Hoffnung auf den kommenden Haushalt 2025/2026 und dass ein beispielhaftes EU-Programm nicht von der Landespolitik in den Sand gesetzt wird.“